

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 8. Mai 2012

Mehr ältere Menschen im Arbeitsmarkt: Erweiterung des Reha-Budgets unerlässlich

Bundeskanzlerin Angela Merkel ruft zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf, um den demografischen Wandel zu bewältigen: Mit der Demografiestrategie soll mehr für die Mobilisierung und die Gesunderhaltung von älteren und von Krankheit bedrohten Arbeitnehmern getan werden. Der Bedarf wird nicht zuletzt durch die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre steigen. Dabei ist die rehabilitative Behandlung chronisch kranker Menschen die große Herausforderung. Vor diesem Hintergrund bedarf es der sofortigen Anhebung des Reha-Deckels der Deutschen Rentenversicherung ab 2013.

Bis zum Jahr 2030 wird sich der Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland deutlich verändern. Nach offiziellen Angaben gibt es derzeit 49,8 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren. Bis zum Jahr 2030 wird deren Zahl nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes aber um 6,3 Millionen sinken. Nach Berechnungen der Prognos AG kann medizinische Rehabilitation dem Mangel an Arbeitskräften deutlich entgegen wirken. Durch mehr Reha bleiben allein im Jahr 2025 rund 200.000 Menschen dem Arbeitsmarkt zusätzlich erhalten.

Doch das Reha-Budget ist ausgeschöpft. Seit 1997 sind die Ausgaben für Rehabilitationsleistungen der Deutschen Rentenversicherung gesetzlich gedeckelt und werden nur entsprechend der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer angepasst. Faktoren wie der demographische Wandel, zunehmende Morbidität und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bleiben unberücksichtigt. Die aktuell im Referentenentwurf zum RV-Lebensleistungsanerkennungsgesetz vorgesehene Aufstockung des Reha-Budgets der Rentenversicherung ab dem Jahr 2017 um 100 Mio. € entspricht keinesfalls dem steigenden Reha-Bedarf in unserer Gesellschaft. Es ist dringend notwendig, ein Zeichen zuverlässiger Sozialpolitik durch die sofortige Anhebung des Reha-Budgets zu setzen. Wenn die Bundesregierung Altersarmut nachhaltig bekämpfen will, sollte sie alles tun, um von Krankheit bedrohte Menschen

im Job zu halten und Erwerbsminderungsrenten zu vermeiden. Sie sollte nicht an der Reha, sondern mit der Reha sparen.

Die Prognos AG prognostiziert als weitere positive Effekte:

- Den Ausgaben für die medizinische Rehabilitation stehen deutlich höhere Einnahmen der Rentenversicherung gegenüber: Durch Rehabilitation bleiben aktive Beitragszahler erhalten. Prognos geht von reha-bedingten Zusatzeinnahmen in Höhe von 2,17 Mrd. Euro bis zum Jahr 2025 aus.
- Vorzeitige Zahlungen von Erwerbsminderungsrenten werden vermieden: Bis zum Jahr 2025 summiert sich der Betrag auf 1,5 Mrd. Euro.
- Auch der Staat profitiert: Bei einem Durchschnittssteuersatz dieser Gruppe von 25 Prozent belaufen sich die zusätzlichen Steuereinnahmen (nur für 4 Monate) auf 420 Millionen Euro. Wenn 50 Prozent der Rehabilitanden wenigstens ein Jahr nach der Reha noch arbeiten, belaufen sich die zusätzlichen Steuereinnahmen auf rund 1 Mrd. Euro.

Die Arbeitsgemeinschaft Medizinische Rehabilitation SGB IX (AG MedReha SGB IX) ist ein Zusammenschluss von maßgeblichen, bundesweit tätigen Spitzenverbänden der Leistungserbringer in der medizinischen Rehabilitation. Die Mitglieder der AG MedReha vertreten die Interessen von rund 800 Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 80 000 Betten/Behandlungsplätzen.

Kontakt / weitere Informationen:

Antonia Walch
Arbeitsgemeinschaft Medizinische Rehabilitation SGB IX GbR
Friedrichstrasse 60
10117 Berlin

Tel: 030-2400899-0
Fax: 030-2400899-30
info@agmedreha.de
www.agmedreha.de